

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Zur Mitgliederentwicklung des Verbandes

Unser Verband hat im letzten Jahre einen bösen Rückschlag erlitten. Legt man die höchste nach dem Kriege erreichte Mitgliederzahl mit etwa 60 000 zugrunde, so ging fast die Hälfte der Mitglieder verloren. Gewiß teilt der Verband dieses Schicksal mit der Gesamtheit der deutschen Gewerkschaften, die alleamt gewaltige Verluste erlitten haben. Aber das ist, wenn überhaupt, dann ein sehr schlechter Trost. Müste bei uns der Verlust notwendig so groß sein? Nur so kann die Frage gestellt werden. Versuchen wir, unter Abwägung des Für und Wider, Klarheit zu gewinnen.

Zunächst: Es war nicht anzunehmen, daß die deutschen Gewerkschaften den in der Revolution gewonnenen Hochstand der Mitgliederzahlen dauernd wahren konnten. Damals strömten die unorganisierten Massen in breitem Strome in die Gewerkschaften hinein. Von ehemals rund drei Millionen schnellte die Zahl der gewerkschaftlich organisierten fast im Handumdrehen auf neun bis zehn Millionen empor. Innerste Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaften war sicher nicht die stärkste Triebfeder für diesen Zuwachs. Von der Jugendfrischeit zur Organisation versprach man sich das mühelose Einheimischen materieller Vorteile. Beim Abflauen der Revolutionskonjunktur mußte notwendig der Rückschlag eintreten. Das Jahr 1923/24 mit seiner Krisenwirtschaftskrise und wiedererstarrenden sozialen Reaktionen brachte die Enttäuschung und damit die Mitgliederflucht aus den Gewerkschaften. Es hat übrigens in den Gewerkschaften selbst nicht an Stimmen gefehlt, die in dem Abflauen dieser Mitglieder eher einen Gewinn als einen Verlust sahen. Nicht mit Unrecht stellten sie fest, daß die Zeit der größten zahlenmäßigen Stärke der Gewerkschaften zugleich die Zeit ihrer größten inneren Schwäche gewesen sei. Vor dem Kriege, so sagten diese Kritiker der großen Zahl, war nur etwa ein Viertel bis ein Drittel der deutschen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, der gewerkschaftliche Geist aber unvergleichlich besser, und auch ansehnliche gewerkschaftliche Erfolge wurden erzielt. Es sei eben so gewesen, daß die in sich geschlossene, leidlich geschulte und opferfründige organisierte Minderheit bei Kämpfen die unorganisierte Mehrheit mit sich gerissen habe, im übrigen aber von dem zerstörenden Einfluß organisationsunreifer Elemente verschont geblieben sei.

In dieser Betrachtung liegt gewiß sehr viel Richtiges. Aber für den Mitgliederrückgang in unserem Verbande bietet sie nur eine sehr schwache Erklärung. Denn wir hatten keinen Revolutionszuwachs in solcher Größe, daß er nicht bei Mobilmachung aller Kräfte zu verdauen gewesen wäre. In den letzten Jahren vor dem Kriege schwankte die Mitgliederzahl zwischen 42 000 bis 45 000. Nach dem Kriege erreichte sie, wie schon angegeben, ihren höchsten Stand mit rund 60 000. Das ist gewiß ein ansehnlicher Zuwachs. Aber das Verhältnis von Alt- und Reorganisierten blieb doch ein ungünstigeres als in jenen Verbänden, die sich plötzlich einer Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheit von früheren eingeleisteten Unorganisierten und Weibern gegenübersehen. Wenn gleichwohl der Mitgliederrückgang bei uns so erheblich wurde, so deutet das auf Mängel und Schäden im Verbande hin. Einer der wichtigsten soll hier schon genannt werden: Die notwendige Schulungsarbeit muß in vielen Verwaltungsstellen völlig versagt haben. Zugegeben, daß die Institution mit ihren bekannten Wirkungen solcher Schulungsarbeit nicht günstig war. Aber sie hat sie auch keineswegs unmöglich gemacht. Beweis dafür sind jene viel zahlreicheren Verwaltungsstellen, die trotz Inflation Tüchtiges in der Erziehungsarbeit, z. B. in der Heranbildung des jugendlichen Nachwuchses, geleistet haben.

Andererseits ist gewiß der schwerwiegende Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Mitgliederentwicklung nicht zu übersehen. Die Wirtschaftskrise traf das Baugewerbe mit fürchterlicher Wucht, zeitweise brachte sie die Bauarbeiterverbände in eine geradezu lebensgefährliche Lage. Unser Verband wurde besonders schwer getroffen. Ueber die Hälfte der Mitglieder sitzt in den betroffenen Gebieten. Dort wirkte sich aber die Krise am schlimmsten aus. Schon die Zustände während des passiven Widerstandes waren dem Zusammenhalt in der Organisation nicht günstig. Nach seiner Beendigung wurde es eher noch schlimmer. Monatelang ruhte die Bauarbeit fast vollständig. Tausenden von Mitgliedern in den Abwanderergebieten blieben so die gewohnten Arbeitsplätze verschlossen. In ihrer ländlichen Heimat, wo selbst Arbeitslosigkeit herrschte, schlugen sie sich kümmerlich durch. Es ist erklärlich, wenn auch nicht entschuldigbar, daß dabei die Mitgliedschaft zum Verbande in nur allzu viel Fällen verloren ging. Heute ist ein Teil der zusammengebrochenen Ortsgruppen bereits wieder auf-

gebaut. Es besteht begründete Hoffnung, daß die große Mehrzahl der auf diese Art Ausgeschiedenen mit der Wiedereinnahme der alten Arbeitsplätze auch wieder die Mitgliedschaft im Verbande erwirbt. So läßt sich gewiß manches anführen, was den Mitgliederrückgang des verflorenen Jahres in einem milderem Lichte erscheinen läßt und für das laufende Jahr günstigere Aussichten eröffnet.

Aber es bleibt ein unbefriedigender Rest. Wir hätten es noch verstanden, wenn auf Grund der besagten Verhältnisse die Mitgliederzahl auf 50 000, selbst auf 45 000 gesunken wäre. Was darüber geht, ist unbedingt vom Uebel, kann jedenfalls nicht mehr allein mit den „Verhältnissen“ entschuldigt werden. Eine der Schulungsarbeiten nannten wir schon: Das Verjagen der Schulungsarbeit. Die zweite sehen wir in dem mangelnden Führerbewußtsein zahlreicher Ortsgruppen- und Verwaltungsstellenvorstände. Diese Vorstände könnten sich als Motto gesetzt haben: „Wir lassen die Dinge an uns herankommen“. Sie kommen aber meist nicht nur an sie heran, sondern über sie. So so „geführt“ wird, kann natürlich kein gewerkschaftliches Leben gedeihen, das diesen Namen verdient. Man lebt in Wirklichkeit auch nicht, sondern vegetiert. Mit dem Abflauen des gewerkschaftlichen Geistes sinkt bald auch die Beitragsmoral. Man kauft sich 80 Mitglieder vor, hatte sie auch, aber bald weiß die Vierteljahrsabrechnung aus, daß nur noch 35 ordnungsgemäß ihre Beiträge zahlen. Das Ende vom Liede ist, daß der Verbandsbeamte herbeigerufen wird, der sich nun in mühseliger Kleinarbeit abmüht, aus kläglichen Resten die Gruppe wieder aufzubauen, was aber längst nicht immer gelingt. Man zählt einmal die allein durch Schuld einer schlappen Führung zusammengebrochenen Ortsgruppen zusammen und der genannte unbefriedigende Rest ist zu einem guten Teil erklärt.

Viel hat zu dem unnötigen Mitgliederrückgang zweifellos auch die falsche geistige Einstellung vieler Vorstände und sonstiger Verbandsfunktionäre beigetragen. Ja doch, die Arbeiterenschaft hat Grund zur Unzufriedenheit. Es gab auch früher schon Mitglieder, die dagegen nichts Besseres zu tun mußten, als zu schimpfen, nur zu schimpfen. In den letzten Jahren aber hat man es in manchen Mitgliedschaften zu wahren Retorden in dieser Schimpferei gebracht. Man schimpft auf alles mögliche, besonders aber auf das „Verjagen der Gewerkschaften“, und selbstverständlich, daß dabei die bösen Gewerkschaftsbeamten ihr Teil abbekommen. Es ist schon schimmig genug, wenn einzelne Mitglieder sich in solch hemmungsloser Weise gehen lassen, denn der gewerkschaftliche Geist leidet allemal darunter. Sollen als Sprengpulver aber muß es wirken, wenn der Vorstand in das radikale Wortgedröhne mit einstimmt, oder gar, wie wir es erleben mußten, darin den Ton angibt. Unterhält man sich mit solchen Vorstandsmitgliedern, dann hebt gewöhnlich ein gewaltiges Ärgern über den schlechten gewerkschaftlichen Geist der Mitglieder an. Warum wundern sie sich eigentlich darüber? „Wie der Herr, so das Gesderr!“

Der Engländer hat ein schönes Wort, es heißt: „Böshätigkeit beginn zu Hause“. Man kann es auch dahin umkehren: „Mitgliederwerbung beginn im Verband“. Wer schärfer im gewerkschaftlichen Leben zuseht, weiß, was wir meinen. Wohl immer wird es eine mehr oder weniger große Zahl von Mitgliedern geben, die an der Peripherie des gewerkschaftlichen Lebens stehen. Es sind jene, die nicht aus einem inneren Drange zur Gewerkschaft kommen, sondern mehr einem äußeren, bestenfalls moralischen Zwange folgend. Ein unmühtiger Vorstand, der die Zügel lockeren läßt, wird diese wankelmütigen Mitglieder natürlich nicht bei der Stange halten. Aber dem seiner Aufgabe gewachsenen, wirklich führenden Vorstand gelingt's. Ueberhaupt wird zu wenig bedacht, daß nur eine gut verankerte und frisch geübte Gruppe Anziehungskraft auf die Unorganisierten ausübt.

Das zu bedenken und zu beherzigen, berührt gerade in diesen Wochen Anlaß. In den meisten Ortsgruppen und Verwaltungsstellen finden jetzt die Generalversammlungen statt. Alle Vorstände werden bestätigt oder neu gewählt. Mitglieder, prüft gewissenhaft, ebe Ihr Euch entscheidet! Nur die sittlich Reifsten und Kennnisreichsten dürfen mit einem Führeramt betraut werden. Zur sittlichen Reife gehört auch, daß die zu Wählenden in religiöser und kirchlicher Hinsicht untadelig dastehen und den anderen als Vorbild dienen können. Wenn wir über Mängel und Schäden im Verbande offen reden, so möchten wir doch auch nicht den falschen Eindruck aufkommen lassen, als wenn es im Verband überhaupt keine Männer mehr gäbe, die willens und fähig wären, Führerstellen zu bekleiden. Wort sei Dank verjagen wir immer noch über einen festen Stamm alter, treuer Mitarbeiter, die zum großen Teile Jahre und Jahrzehnte auf ihren Posten stehen und sie vorbildlich ausfüllen. Solcher Pflichttreue und Aufopferung

schufet die Gesamtheit der Mitglieder den allergrößten Dank. Aber viele von ihnen werden altgemacht und sehen sich darum nach Entlastung durch jüngere Kräfte um. Und vor allem sind ihrer zu wenig. Wir brauchen mehr Mitarbeiter. Deshalb, weil wir unsere alte Stärke möglichst schnell wieder gewinnen müssen. Der gegenwärtige Tiefstand der Mitgliederzahl darf nur eine kurze Episode sein.

Zu stärkster Mitgliederwerbung zwingt uns auch die heikle Lage im Gewerbe. Einerlei, ob ein Reichstaxivertrag zustandekommt oder nicht, werden wir auch in diesem Jahre viele Kämpfe bekommen. Sie werden vor allem um die Lohnfrage entbrennen. Je straffer die Organisation durchgeführt ist und über je größere Mittel sie verfügt, desto bessere Aussicht besteht für den Erfolg. Dieser Umstand allein ist Grund genug, mit aller Kraft an der Zurückgewinnung der jahnenstüchtig Gewordenen zu arbeiten. Aber nochmals: es ist zumeist ein Führerproblem!

### Auswanderung und Lohn

Die Bedeutung der ausländischen Lohnhöhe für das deutsche Wirtschaftsleben ist sehr groß. Sie beeinflußt nicht nur unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sondern sie ist auch wichtig für die Frage des technischen Fortschritts. Vor allem aber können uns sehr hohe ausländische Löhne bevölkerungspolitisch gefährlich werden. Wenn die Unterschiede der Löhne bei uns und im Auslande sehr groß werden, muß die Auswanderung aus Deutschland nach den Orten dieser höchsten Löhne zunehmen. In manchen Industriegruppen sind diese Unterschiede bereits so groß, daß die Vorteile des Aufenthalt im Heimatland diese Unterschiede nicht mehr auszugleichen vermögen. Tatsächlich hat auch die Auswanderung aus Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich zugenommen.

Man könnte nun meinen, nur eine große Arbeitslosigkeit trage die Schuld daran, daß die Auswanderung sich so verstärkt hat. Betrachtet man aber die Arbeitslosenstatistik in den letzten Jahren und vergleicht sie mit den Zahlen bei krisenhaften Wirtschaftslagen in der Vorkriegszeit, so wird man finden, daß sie jene Jüßern im Durchschnitt durchaus nicht übersteigen. Die Arbeitslosigkeit kann daher nicht schuld sein daran, daß die Auswanderung sich so stark vermehrte.

Es bleibt also nur noch als Erklärungsgrund das unverhältnismäßig niedrige Lohnniveau in Deutschland gegenüber dem Auslande. Diese Annahme wird auch durch die Beobachtung bestätigt, die man gerade in den Zeiten machen konnte, in denen der Lohnbezug in Deutschland am allerniedrigsten war. Dies war zweifellos in den letzten Inflationsmonaten der Fall. Während im Monatsdurchschnitt 1913 nur 213 deutsche Auswanderer ins Ausland gingen, schwankte die Zahl in den letzten Monaten des Jahres 1923 monatlich zwischen 11- und 15 000. Die Auswanderungsziffer hatte sich also vervielfacht. Bei Eintritt der stabilen Geldverhältnisse liegt bekanntlich das Arbeitseinkommen erheblich an. Gleichzeitig fiel auch die Ziffer der Auswanderungslustigen. Während im Dezember 1923 noch 14 006 Deutsche auswanderten, waren es im Januar nur noch 7639, im April 6307, im Mai 3400, im September 4862. Man sieht daraus ganz deutlich, wie durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse die Auswanderungsziffer gesenkt werden kann.

Durch eine weitere Hebung des Arbeitnehmerentkommens läßt sich also zweifellos die Auswandererziffer noch mehr vermindern und damit volkswirtschaftlich die bevölkerungspolitische Lage verbessern. Jede Auswanderung bedeutet nämlich für einen Industriestaat wie Deutschland eine Schwächung. Mit Recht haben die Arbeitgeber darüber geklagt, daß sehr häufig Qualitätsarbeiter auswandern. Ueberhaupt kann man feststellen, daß die geistige und ökonomische Qualität der Auswanderer aus einem Industriestaat über dem Durchschnitt der Zurückgebliebenen steht. Das Auswandern erwachsenen Menschen bedeutet für eine Volkswirtschaft aber außerdem einen Kapitalverlust, weil für die Erziehung und Ausbildung der betreffenden Menschen eine große Summe volkswirtschaftlichen Kapitals aufgewendet werden mußte, deren Ertrag nun nicht dem Heimatlande, sondern dem Einwanderungslande zugute kommt. Vor diesen Verlusten können wir uns nur schützen durch eine Annäherung unserer Reallohnens an diejenigen der vergleichbaren ausländischen Industriestaaten. Auch aus diesem Grunde müssen wir daher durch unsere Lohnpolitik verhindern, sobald wie möglich die Reallohnhöhe der mit uns konkurrierenden Auslandsindustrie zu erreichen.

Sie geben in der folgenden Uebersicht eine Anzahl von Bauarbeiterlöhnen wieder, wie sie im Auslande gezahlt werden. Die Umrechnung in die deutsche Währung ist erfolgt nach dem jeweiligen Devisenkurs des betreffenden

Ronats Berliner Notierung oder nach der festen Parität, die sich zwischen uns und der betreffenden Auslands- währung in der letzten Zeit herausgebildet hat,

Dalareff

(Monatsdurchschnitt)

Table with columns: Land, Year, Sei, Mark. Rows: Danzig 1914, 1923.

Oesterreich

(Wochenverdienst)

Table with columns: Land, Year, Kronen, Mark. Rows: Danzig 1914, 1924.

Norwegen

(Wochenverdienst)

Table with columns: Land, Year, Kronen, Mark. Rows: Danzig 1914, 1923.

Schweiz

(Einkenslohn)

Table with columns: Land, Year, Franken, Mark. Rows: Danzig 1914, 1923.

Amsterdam

(Kontant)

Table with columns: Land, Year, fl, Pfennig. Rows: Danzig 1914, 1924.

Australien

(Wochenlohn)

Table with columns: Land, Year, £, Mark. Rows: Danzig 1914, 1923.

Dänemark

(Wochenverdienst)

Table with columns: Land, Year, Kronen, Mark. Rows: Danzig 1914, 1923.

Schweden

(Wochenverdienst)

Table with columns: Land, Year, Lira, Pfennig. Rows: Danzig 1914, 1924.

Die Arbeitsleistung nach der „Bauwelt“:

Main table showing work types (e.g., 1 cbm Mauerwerk) and their performance metrics in 1913-14 and 1923-24.

Die Zahlen dürften wohl von einem Arbeitgeberverband des Baugewerbes stammen. So sie gewonnen wurden, wird nicht gesagt, nur allgemein angedeutet, daß sie „an überwiegend in Süddeutschland fertige- gestellten Bauten“ auf Grund von Nachkalkulationen fest- gestellt worden seien.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, das Organ des den freien Gewerkschaften nahestehenden Verbandes sozialer Baubetriebe, hat auf Grund der Veröffentlichung in der „Bauwelt“ eine Umfrage bei den diesem Verbands angehörenden Bauhütten angestellt.

Die Arbeitsleistung nach der Ermittlung von 17 sozialen Baubetrieben:

Table showing work types and performance metrics for 17 social construction sites.

Es ist auch nach den Feststellungen der sozialen Bau- betriebe bleibt ein Leistungsrückgang, aber er ist verhält- nismäßig gering. Er beträgt bei vier Arbeitsarten zwischen drei und vier Prozent, bei drei Arbeitsarten zwischen vier und sechs Prozent, und nur bei drei, für den Lohnangaben wenig ins Gewicht fallenden Arbeits- arten über sechs Prozent.

Mit Recht verweist die „Soziale Bauwirtschaft“ auf die Gründe, die einen gewissen Rückgang der Ar- beitsleistungen im Baugewerbe als natürlich erscheinen lassen. Zunächst ist an die allgemeine Schwächung der Arbeitskraft durch den Krieg zu erinnern. Zehntausende der besten und kräftigsten Arbeiter haben im Krieg ihr Leben verloren oder sind als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ macht dann noch auf die unersparliche Lethargie aufmerksam, die die Unter- nehmer in ihren Kalkulationsbüchern ihren Preisen weit geringere Arbeitsleistungen zugrunde legen, als dies die „Bauwelt“ tut und als tatsächlich von den sozialen Bau- betrieben durch Nachkalkulation ermittelt worden ist.

der „Bauwelt“ ermittelten Zahlen gegenüber, so ergeben sich für die drei hauptsächlichsten Arbeitsarten im Baugewerbe folgende Leistungsunterschiede in Arbeitsstunden:

Table comparing work types and hours between market and Bauwelt data.

Mit anderen Worten: Die Unternehmer legen ihrer Kalkulation bedeutend mehr Arbeitsstunden zugrunde, als nach ihrer eigenen Angabe (in der „Bauwelt“) not- wendig ist.

Table with columns: Art der Arbeit, Märkte, Bauwelt, etc.

Die Unternehmer, die nach dem Kalkulationsbuch des Westdeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe kalkulieren, setzen somit für die einzelnen oben ge- nannten Arbeiten bis zu 25 Prozent Arbeitsstunden mehr in ihre Kalkulation ein, als nach den Angaben der „Bauwelt“ notwendig wäre; Unternehmer, die nach dem Kalkulationsbuch von Märkten arbeiten, sogar bis zu 66 Prozent.

Schluss der Wahlkreiseinteilung. Wahlkreis 34. Die Verwaltungsstellen Grottkau, Reize, Neustadt, Oppeln, Gleiwitz, St.-Kassowitz, St.-Kamtsdorf, Ober-Glogau, Kreuzburg, Jawitz und Roberichau wählen einen De- legierten.

- Wahlkreis 35. Die Verwaltungsstellen Breslau, Frankens- stein, Frankfurt, Glogau, Glatz, Görlitz, Gotschütz, Habelschwerdt, Jauer, Kleinitz, Kudowa-Sackitz, Lauban, Landeshut, Müstereberg, Ranslau, Neufalz, Raumburg, Ohlau, Ostrik, Reichenbach, Schir- giswalde, Wartenberg, Wartha und Wal- denburg wählen einen Delegierten.

Allgemeine Rundschau

Am die Seele des Arbeiters

Die Entfremdung und Entchristlichung der Indu- striearbeitermassen ist ein Problem von internationaler Bedeutung. Der Sozialismus als Weltanschauung droht die gesamte Industriearbeiterschaft der Kirche zu ent- fremden.

Im Dezemberheft der „Stimmen der Zeit“ unter- sucht E. Koppelt S. J. die Frage, wie auf katho- lischer Seite der Kampf um die Arbeiterseele geführt werden kann und muß. Nachdem der Verfasser Gewalt und scharfe Trennung, aber auch den Versuch, in die Reihen des Sozialismus selbst Eingang zu finden und ihn von innen zu überwinden, verworfen hat, entscheidet er sich für einen dritten Weg: das machtvollste Vorbild eines christlichen Lebens muß die Schwachen stärken und von neuem zu den Quellen der Erlösung führen.

Die Arbeitsleistung der Bauarbeiter 1914 und 1924

Bevor die Arbeitsleistungen der Bauarbeiter in der ganzen Bauwirtschaft richtig gemessen werden, die Unter- nehmer befragt werden und bekommen nach einem festen Maßstab gemessen. Die Bauwirtschaft, die eine wichtige Aufgabe im einzelnen gestatten, verdienen sie haben auch Möglichkeit. Folgt man in der „Bauwelt“, Nr. 11 vom 11. Dezember 1924, veröffentlicht werden. Danach fallen die Arbeitsleistungen der deutschen Bau- arbeiter gegenüber 1914 um 12,2 bis 2,5 Prozent zurück- gegangen sein. Bei den einzelnen Arbeitsarten fallen folgende Rückgänge ein: Mauer- und Zimmergewerbe: um 20 bis 25 Prozent.

scharf die Grenzen des katholisch Bestimmten und des religiös Indifferenten herausstellen. Wie berechtigt auch manche Begriffe, wie christlich-national oder christlich-germanisch sein mögen, müssen wir uns hüten, das Christentum mit Inhalten zu belasten, die ihm an sich nicht zukommen und diese vom Christentum fern halten, weil sie es eben deshalb nur durch eine gefärbte Parteibrille sehen können.

Man darf sich aber nicht damit begnügen, den Begriff des Christentums von fremden Beimischungen rein zu halten, man muß auch seinen Inhalt möglichst zur Auswirkung bringen... Christliche Opfergeföhrung darf sich nicht allein in der Geduld und in dem Harren der wirtschaftlich Schwachen offenbaren, sie muß sich vor allem auch im Entgegenkommen, in der opferfreudigen Haltung der Besitzenden zeigen. Hier hat die christliche Caritas nicht den letzten Teil zum Erfolg beizutragen. Dazu muß aber eine christliche Grundföhrung mehr entsprechende Kestaltung unseres öffentlichen, besonders unseres Wirtschaftslebens, kommen. Die Forderungen der christlichen Gewerkschaften auf ihrem jüngsten Kongress in Köln geben hier einen deutlichen Fingerzeig mit ihrer entschiedenen Betonung des Sitteneinwachsens der Arbeiterschaft in die Betriebe. Darum ist es sehr zu bedauern, daß auf dem Katholikentag in Hannover, gelegentlich der Behandlung des Themas „Kapital und Arbeit“ nicht klarer auf der Forderung eines offenen Bekenntnisses auch der katholischen Unternehmerchaft zu den Grundföhrungen des Christentums bestanden wurde...

Die unmittelbare Rückgewinnung der einzelnen Arbeiterschele ist vor allem Aufgabe der ordentlichen Pfarrseelsorge. Die beste soziale Organisation wird nichts helfen, wenn das solide Fundament der Seelsorge fehlt. Die größten Vereine hatten auf die Dauer den Niedergang nicht auf, wenn es an keinen Pfarrorten fehlt. Die Seelsorgetätigkeit muß sich gründen auf die Wiedererweckung der Familie. Wie die Familie zur Familiengemeinschaft, so muß auch die erweiterte übernatürliche Familie, die Pfarrgemeinde, neu erweckt werden zur Pfarrgemeinschaft. Nur auf dem Boden der Pfarrei wird es möglich sein, die bei uns Deutschen so jähe Kluft zwischen den Gebildeten und der Masse zu überbrücken... Alle parteipolitische Betrachtung sollte ausgeschlossen sein. Wir sehen leider in den glaubenslosen oder doch am Glauben schwer bedrohten Massen viel zu sehr nur politische Gegner, zu wenig irrende, der heiligsten Güter beraubte Brüder. Hätten wir stets diese christliche Einstellung, so würde unsere Politik frei von einseitigen Interessen, unser Leben würde tief christlich und wahr. Wir würden wieder in Wahrheit in Gott und mit Gott ringen um die Seele des Arbeiters.

**Wider die soziale Reaktion!**

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Deutsche“: „Im Arbeitgebertum hat das sozialreaktionäre Element die Oberhand. Rücksichtslos mißt es die ihm gegebene Macht aus. Unter der Begründung, daß die deutsche Wirtschaft sich in besonderer Notlage befindet, suchen sie menschenunwürdige, lange Arbeitszeiten - z. B. bei den Schwerstarbeitern - zu verewigen, die Arbeitszeit in den meisten Berufen zu verlängern, eine Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung zu verhindern, die soziale Gesetzgebung in ihren praktischen Auswirkungen gegenüber den Arbeitnehmern zu schmälern u. s. f. Auf dem Gebiete des sozialen Rechts, wo eine Notlage der Wirtschaft gar nicht von entscheidender Bedeutung sein kann, sind die anti-sozialen Kräfte nicht minder tätig. Hier offenbart sich ihre wahre Gesinnung. Nichts gilt, als die brutale Macht, das unbedingte Herrcentum. Wegen die amtlichen Stellen, die in besonderer Weise berufen sind, in der Anbahnung gesunder sozialer Verhältnisse tätig zu sein, wird ein hartnäckiger Kampf geführt. Dem Reichsarbeitsministerium gilt zunächst dieser Kampf. Staatliche Schlichtungsstellen werden sabotiert, Tarifverträge zerfchlagen. Die Arbeitsgemeinschaften sind längst zu einem Schemen geworden. Die gelben Arbeitervereine werden gehätschelt. Dem einzelnen Arbeiter läßt man die Macht des Unternehmertums so fühlen, als ob nur Ordnung herrschen könne, wenn man der Arbeiterschaft das Rute auf die Brust und die Faust aufs Auge halte. Vom Willen, im Arbeiter den gleichberechtigten Menschen zu sehen, findet sich vielfach keine Spur mehr.“

Stärkstens werden diese Zustände in Westdeutschland empfunden, wo die Schwerindustrie dominiert. Ruhrkampf, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnbrud haben hier die Arbeiterschaft wirtschaftlich ungemein geschädigt. Und nun dazu diese Behandlung! Daß so die Dinge nicht weitergehen können, weil sie eines Tages zur gewalttätigen Erhebung treiben müssen, das ist die feste Ueberszeugung aller um das Wohl des deutschen Volkes Besorgten.“

Die Räume der sozialen Reaktion werden dann nicht in den Himmel wachsen, wenn die Arbeiterschaft schnellstens ihre Organisationen wieder aufbaut und sie auch finanziell so ausstärkt, daß sie den Kampf gegen die Machtgeföhrte der Scharfmacher aufnehmen können.

**Besteht das Novemberabkommen von 1918 noch zu Recht?**

Zu Fezt 1 der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ befaßt sich Herr Heinrich Siethaber, Direktor bei Krupp und Mitglied des Präsidiums der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, mit der Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Er kommt dabei auch auf das bekannte Abkommen vom 15. November 1918 zu sprechen. Dieses Abkommen brachte bekanntlich den Achtstundentag und erkannte die Gewerkschaften als die berechtigten Interessensvertretungen der Arbeiterschaft an. Uns interessiert besonders folgende Stelle in dem Aufsat:

„Ueber das Wesen und die Bedeutung dieser Zentralarbeitsgemeinschaft ist von berufener und unberufener Seite schon sehr viel geredet und geschrieben worden.“

**Am 31. Januar 1925 ist der fünfte Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.**

worden. Unstreitig steht aber fest, daß auf beiden Seiten heute das Gefühl vorherrscht, daß die Arbeitsgemeinschaft kaum noch Bedeutung hat, denn eine Reihe von Gewerkschaften sind schon seit längerer Zeit ausgetreten, und mit Schreiben vom 21. März 1924 hat der A.D.G.B. (die Vereinigung der freien Gewerkschaften) die Zentralarbeitsgemeinschaft gekündigt. Er hat zwar zugleich der Meinung Ausdruck gegeben, durch diese Kündigung bliebe die Vereinbarung vom 15. November 1918 selbst unberührt. Diese Auffassung wird aber von den Arbeitgebervertretern der bisherigen Zentralarbeitsgemeinschaft nicht geteilt. Vielmehr sind diese der Meinung, daß der Austritt des A.D.G.B. aus der Zentralarbeitsgemeinschaft zugleich eine Kündigung des Novemberabkommens bedeute. Formell besteht wohl die Zentralarbeitsgemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften noch weiter. Wenn sie aber wieder zu wirklichem Leben erweckt werden soll, bedarf sie einer gründlichen Umgestaltung, sowohl was ihre äußere Zusammenfassung als auch die innere Einstellung ihrer Mitglieder betrifft.“

Daß die Zentralarbeitsgemeinschaft einer äußeren und inneren Erneuerung bedarf, ist auch unsere Meinung. Zumerhin besteht sie heute noch mit den christlichen Gewerkschaften, wie auch der Verfasser zugibt. Besteht also auch das Novemberabkommen mit den christlichen Gewerkschaften noch zu Recht? Der Verfasser umgeht die Antwort auf die von ihm selbst aufgeworfene Frage. Viellecht äußert sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände einmal dazu. Für das Zustandekommen einer neuen Arbeitsgemeinschaft ist die Antwort nicht ganz unwesentlich.

**Wieder Achtstundentag der Hütten- und Kokerarbeiter!**

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat durch Mehrheitsbeschluß dem Reichsarbeitsminister empfohlen, die Hochöfen, Kokerereien und Kohlendestillationsanlagen dem Schutze des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen und dadurch die Rückkehr zur dreizehnteiligen Schicht herbeizuföhren. Der Reichsarbeitsminister war dazu seit langem bereit. Die Verzögerung ist auf die Verschleppungspolitik der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat zurückzuführen. Das neue Reichskabinett hat bereits die Wiedereinföhhrung des Achtstundentages in den genannten Betrieben zum 1. April angekündigt. Der Reichswirtschaftsrat hatte als Termin für die Wiedereinföhhrung den 1. März vorgeschlagen.

Eine in Essen stattgefundene Massenversammlung der christlichen Gewerkschaften erklärte sich von der Inkraftsetzung des Achtstundentages erst zum 1. April einzulassen. In einer Entschöhrung heißt es: „Für diese übergroße Rücksichtnahme gegenüber der Großindustrie hat die Versammlung kein Verständnis. Die überzählige Arbeiterschaft hat man bei Einführung der Zwölfstundenschicht sofort arbeitslos werden lassen.“

**Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die neue Reichsregierung**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterbreitet der neuen Reichsregierung eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Forderungen. Er verlangt erneut die alsbaldige Einrichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrates und die angemessene Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Ferner fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund von der Reichsregierung, daß sie ihr schärfstes Augenmerk besonders auf den Abbau der Preise für lebensnotwendige tägliche Bedarfsartikel, bei denen die Preisspannen unnatürlich hoch sind, richtet. Außerdem wird um eine Servollständigung der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen (Kartelle, Syndikate, Preisabreden) vom 2. November 1923 ersucht, und es werden erneut die Fehler und Lücken des bisherigen Kartellgesetzes klar aufgezeigt und entsprechende Ergänzungen vorgeschlagen. Hinsichtlich der Wohnungsfrage wird die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und die Zurückföhhrung der ganzen Mietzinssteuer für den Wohnungsneubau verlangt.

Von den sozialpolitischen Forderungen seien nur die folgenden kurz erwähnt: Beibehaltung des gesetzlichen Schlichtungswesens mit der Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung von Schlichtsprüchen; die Regelung der Arbeitszeit soll auf der Grundlage des Achtstundentages aufgebaut sein; das Zweischichtensystem mit je zwölfständigen Schichten bzw. zehnständiger Arbeitszeit soll ausgeföhrt und die Arbeitszeit in Betriebsanlagen mit kontinuierlichem Produktionsprozeß, wie Hochöfenwerke und Kokerereien, soll bis zum 1. März 1925 unter den Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung gestellt sein.

Ferner wird vorgeschlagen: die Umwandlung der Erwerbslozenfürsorge in eine Arbeitslozenversicherung mit Rechtsanspruch, ein angemessenes Verhältnis der Unterstützungssätze zum Lohn, die Wiedereinföhhrung der unmittelbaren Kurzarbeiterunterstützung und die Lastenverteilung auf Arbeitgeber und Versicherte sowie Reich, Länder und Gemeinden mit Beitragsschöhrergränze für Arbeitgeber und Versicherte.

Sodann wären noch zu erwähnen die bekannten Forderungen über eine angemessene Aufwertung der vor 1924 geleisteten Beiträge in der Invaliden- und An-

gehaltensversicherung, der keinen Unfallrente, Festsetzung angemessener Jahresarbeitsverdienstes für die Unfallrentenberechnung, Aufwertung der Leistungen an Unfallverletzte und Witwen und Kriegshinterbliebene, Schaffung von Arbeitsgerichten und Ausdehnung ihrer Kompetenz auf alle Arten von Arbeitnehmern. Schließlich werden der Reichsregierung noch eine Reihe Vorschläge über die Förderung der Allgemeinbildung und der beruflichen Ausbildung unterbreitet.

**Tarifbewegung**

**Reichstarifvertragsverhandlungen**

Das Reichsarbeitsministerium hatte die am Reichstarifvertrage für das Baugewerbe interessierten Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung geladen, welche am 20. Januar d. J. stattfand. Der Leiter derselben, Oberregierungsrat Dr. Mewes, teilte einleitend mit, daß das Reichsarbeitsministerium aus volkswirtschaftlichen Gründen sich veranlaßt fühle, einen neuen Versuch zu machen, die Arbeitsbedingungen des Baugewerbes durch einen Reichstarifvertrag zu regeln. Da alle Organisationsvertreter erklärten, grundsätzliche Bedenken gegen den Abschluß eines Reichstarifvertrages nicht zu haben, veranlaßte Oberregierungsrat Dr. Mewes die Parteien zu der Vereinbarung, am 20. Februar d. J. die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag wieder aufzunehmen. Ob sie diesmal zum Ziele führen werden, darüber läßt sich heute noch nichts sagen.

**Isolierer**

**Bezirk Bochum.** Am 15. Januar 1925 fanden in Dortmund Verhandlungen zwecks Abschluß eines Affordtarifes für das Isoliergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete statt.

Diese Verhandlungen waren deshalb sehr schwierig, weil die Arbeitgeber forderten und hartnäckig daran festhielten, daß die Isolierer bei Affordarbeiten die Belastungen und das Gerüsch auf ihre Kosten haben sollten. Erst nach langer schwerer Verhandlung ließen die Unternehmer diese Forderung fallen und kam dann folgende Vereinbarung zustande:

1. Affordarbeit ist zulässig. Die Affordpreise im nachstehendem Affordtarif gelten für die Dauer des Reichstarifvertrages.
  2. Die Affordpreise für alle Arbeiten von Isolierungsarbeiten, die schon in Vorkriegszeiten affordtariflich geregelt waren, werden dergestalt mit Wirkung ab 15. Januar 1925 neu festgesetzt, daß die Stabzonensätze des Tarifvertrages vom 3. Dezember 1913 um 15 Prozent erhöht werden.
  3. Gerüste und Helfer werden auf Kosten des Arbeitgebers gestellt.
  4. Wendert sich der Stundenlohn, so ändern sich auch die Preise für Affordarbeiten im gleichen prozentualen Verhältnis.
  5. Außer dem Affordpreis zahlt der Arbeitgeber Auslösung und Fahrgeld.
  6. Zu Affordarbeit soll kein Isolierer gezwungen werden.
  7. Bei allen Affordarbeiten wird der Stundenlohn für die tarifliche Arbeitszeit garantiert.
  8. Die Entschädigung für zuschlagspflichtige Arbeiten wird nach den gleichen Sätzen, wie sie im Reichstarifvertrag für das Isoliergewerbe festgesetzt sind, auf die effektiv geleistete und beschleunigte Arbeitszeit gesetzt.
  9. Für Arbeiten, die in der Vorkriegszeit nicht affordtariflich geregelt waren, sollen durch eine Sachkommission die Affordpreise vereinbart werden.
  10. Die Erklärungsfrist wird für beide Parteien auf Freitag, den 3. Januar 1925 festgesetzt.
- Es wird nun die Aufgabe der Isolierer und Helfer sein, dafür zu sorgen, daß der neue Affordtarif voll und ganz durchgeföhrt und mit dem milden Affordunwesen restlos ausgeräumt wird. Dieses wird ihnen aber nur dann gelingen, wenn sie dafür sorgen, daß alle Isolierer und Helfer der Organisation zugeföhrt und zu überzeugten Gewerkschaftlern erzogen werden.

**Feuerungs- und Schornsteinbau**

1. Nachtrag zur 3. Lohnfestsetzung vom 3. Dezember 1924. Nachdem der Spruch der Schlichterkammer über die Neueinstellung der Stundenlöhne für das Baugewerbe im Vertragsgebiet Nordens ab 8. Januar bis 1. April 1925 von den Parteien angenommen ist, gilt für Groß-Hamburg als Grundlohn gemäÙ V B 2 des Vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 14. August 1924 103 Pfg.

Darüber betragen die Löhne in Pommern einschließlich Gehaltsgeld ab 8. Januar 1925 für

Groß-Hamburg:

Feuerungsmaurer	115 Pfg.
Feuerungshelfer	108 Pfg.
Schornsteinmaurer	109 Pfg.
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	100 Pfg.
Schornsteinhelfer	118 Pfg.

Für Groß-Hamburg beträgt am 8. Januar 1925 der Lohn des Hochbaumaurers des Bauhilfsarbeiters

Wenn Mitglieder für die letzte Lohnhöhe bereits mit ihren Auftraggebern abgerechnet haben, so sind sie trotzdem berechtigt, die durch den Spruch festgesetzte Lohnhöhe nachzuföhren, es sei denn, daß sie die Lohnabrechnungen ihnen überhaupt nicht erhalten

### Sozialpolitik

**Bezüge der Rotlandsarbeiter.** Das „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 3 vom 16. Januar 1925) veröffentlicht folgende Forderung des Reichsarbeitsministers (V. 1182) 21 vom 2. Januar 1925:

„Die Berechnung der Bezüge der Rotlandsarbeiter nach dem jetzigen Verfahren ist, wie mir berichtet wird, in der Praxis besonders umständlich dadurch, daß der Tarif der Reichsverwaltungsarbeiter besondere Lohnsätze für jede einzelne Altersklasse vom 16. bis 24. Lebensjahr vorsieht. Um die Verwaltungsarbeit bei der Berechnung zu vereinfachen, erkläre ich mich damit einverstanden, daß diese Altersklassen zum Zwecke der Berechnung der Bezüge der Rotlandsarbeiter in drei Gruppen zusammengefaßt werden. Dies kann in der Art geschehen, daß für die Arbeiter im Alter von 16 und 17 Jahren in Zukunft die Höchstgrenze gilt, welche fest für die Bezüge der 17-jährigen besteht, für die Arbeiter im Alter von 18-20 Jahren die bisherige Höchstgrenze für die 20-jährigen, und endlich für die Arbeiter im Alter von 21 Jahren und darüber die bisherige Höchstgrenze für die 24-jährigen und älteren Arbeiter.“

„Ferner weise ich darauf hin, daß bei der Berechnung der 10 u. 2. Grenze auch die Ortslohnzulagen der Verwaltungsarbeiter mit berücksichtigt werden können.“

### Aus dem Verbandsleben

#### Erfahrungen aus der Winteragitation

Durch die erregte Agitation des Jahres 1923 wurden nicht nur alle Sparanlagen, sondern auch die Fortschritte der gesamten Sozialversicherung und nicht minder die der Gewerkschaften fast vollständig aufgezehrt. Auch unser Verband konnte sich dieser zwangsläufigen Entwidlung nicht entziehen.

Im Gegensatz von der Agitation nicht ganz zurecht zu kommen, mußte er sich rechtzeitig härteren Operationen unterziehen. Diese bestanden in einem größeren Angebotsausbau, kräftiger Einstellung der Unterführungen und Steigerung der äußeren Sparbarkeit auf allen Gebieten.

Letzteres hatte zur Folge, daß wir im vergangenen Winter von der bis dahin üblich gewesenen Agitation in den Abwanderungsgebieten Abstand nehmen mußten. Die Forderung dieser Umstellung war für den Verband nicht günstig. Zunächst konnte die im Jahre 1923 durch die Agitation entstandene Erregung der Bauarbeiter, die sich vielfach gegen die eigenen Organisationen richtete, und dem Verband auch unser Verband nicht ganz verheimlicht blieb, nicht durch Umstellung beseitigt werden.

Unsere Mitglieder glaubten in dem Abweichen von den früheren Geschäftsgebahren, besonders in der Richtung, die wir uns in der Bearbeitung der Abwanderungsgebiete wegen Mangel an Mitteln anerkennen mußten, auf ein teilweises Zusammenbrechen unserer Angehörigen schließen zu müssen. Als Ergebnis dieser Irrungen trug zunächst das Versagen eines größeren Teiles unserer Mitarbeiter und damit die Verarmung der Organisationsleiter und Unterführer ein.

In diesem Winter haben wir uns wieder den erregtesten Versuch gemacht, möglichst alle für uns in Frage kommenden Orte zu besuchen und die nötige Aufklärung durch Versammlungen zu schaffen.

Die Versammlungen gingen einige Konferenzen voraus, die zum Jahresende bereits waren, ein Beweis dafür, daß das Interesse der früheren Jahre nicht mehr vorhanden war. Der Erfolg der Versammlungen war teilweise gut, andererseits dagegen waren mittelmäßig oder auch schlecht bewandt.

Es ist mir hauptsächlich in einigen Spezialabteilungen der Fall, in denen unsere ehemaligen älteren Mitglieder auf den Streiktruppen oder sonstigen Abwanderern und damit auch die Möglichkeit der einen anderen Verbande anzuknüpfen. Zunächst der jüngeren Lohn, die dort gesucht werden, jedoch bei einem größeren Teil davon ehemaligen Kollegen der Sozialen, deren Betrieben jedoch wie möglich den Kunden zu helfen und dem alten Beruf wieder anzuschließen. Dadurch werden wir wieder einen Zuwachs an aktiven Mitarbeitern bekommen.

Wir den im Süden unseres Landes beschäftigt gewesenen Angehörigen unseres Verbandes herrschte Agitation über die Umwandlungsmaßnahmen, die während der letzten Winterperiode getrieben wurden und noch weiterhin werden in die Heimat abgewanderten Kollegen um 10 Prozent der Umwandlungsgebühr erhöhen. Diese Maßnahmen zeigen sich in einer ganzen Anzahl von Versammlungen und noch mehrmals von dem nächsten Verbandstag besprochen werden.

Insbesondere wurden auch Stimmen gegen die angeblich zu hohen Beiträge laut, doch konnten die Mitglieder meist mit Rücksicht auf den Lebensstand dieser Angehörigen übermäßig werden.

Im allgemeinen gelang es, der Stimmung entgegenzutreten und die Mitglieder zu überzeugen, daß ihre eigene Interessenmöglichkeit am meisten noch vorzubehalten. Selbst die Kapitalgeberweise wurde es fast überall die älteren Kollegen, die in den Versammlungen erklärten, so wie bisher weiter zu machen, und die ihre Beiträge wieder im nächsten Besuche prüfen. Aber auch bei den jugendlichen wurden teilweise sehr vernünftige Stimmen laut.

Nach unserer Überzeugung ist das ganze Bild der Umwandlung gegenüber dem der Zeit zur Abwanderung im Vergleich wieder klar. Insbesondere wir haben, unseren Gesamtanwartschaften durch Fortschritt wieder richtig aufzufassen, denn auch die bisherige Gewerkschaftsarbeit und der Organisationsaufbau.

**Mengede.** Unsere diesjährige Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Als Referent war Kollege Petri-Vorstand erschienen. Er schilderte uns in einem einstündigen Vortrag, was die Organisation im letzten Jahre für die Bauarbeiterkassen geleistet hat und welche Aufgaben wir in Zukunft zu erfüllen haben. Die Organisation wäre nicht nur für Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen da, sondern sie müsse auch auf vielen anderen Gebieten für die Kollegenschaft tätig sein. Ein besonders wichtiges Gebiet wäre unsere soziale Gesetzgebung; dieser müsse mehr Aufmerksamkeit wie in den letzten Jahren entgegengebracht werden. Jedes einzelne Mitglied müsse mit der sozialen Gesetzgebung vertraut sein. Im neuen Jahre wäre von der Verbandsleitung vorgegeben, daß Einzelvorträge über Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung und Gewerbeurichte gehalten würden. Die Kollegen sollten aufmerksam den Ausführungen des Referenten. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verfloßene Jahr und konnte feststellen, daß die Ortsgruppe Mengede sich besonders nach der Ansiedlung gut entwickelt habe. Darnach wurde zur Vorstandswahl geschritten.

### Bau-Rundschau

#### Die Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1923

Die „Statistische Korrespondenz“ gibt in einer umfangreichen Statistik einen Überblick über die gesamte Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1923. Im Jahre 1923 wurden in ganz Preußen 36 408 neue Wohngebäude mit 62 70 Wohnungen baupolizeilich abgenommen. In anderen Gebäuden und durch Umbauten entstanden außerdem noch 16 291 Wohnungen. Nach Berücksichtigung der Abgänge durch Brände, Abbrüche usw. ergibt sich ein Netzzugang von 34 281 Wohngebäuden und 74 902 Wohnungen. Diese Zahlen bedeuten, daß der Wohnungsbau, der von 1919 bis 1922 ständig wachsende Ziffern aufwies, im Jahre 1923 einen empfindlichen Rückschlag erlitten hat. Gegenüber dem Jahre 1922 ist die Zahl der neuerstellten Wohngebäude um 26,69 Prozent, die der durch Neubauten und Umbauten von Wohngebäuden gewonnenen Wohnungen um 20,7 Prozent gesunken.

Sie in den Vorjahren, wurden auch im Jahre 1923 überwiegend Kleinhäuser mit ein bis zwei Wohngeschossen gebaut. Ihre Zahl betrug 83,47 Prozent aller neu hergestellten Wohngebäude gegenüber 90,14 Prozent im Jahre 1922. Verhältnismäßig hat also der Bau von Hochhäusern etwas zugenommen. Durch Umbauten, Aufstockungen usw. entstand rund ein Sechstel aller Wohnungen. Das ist das gleiche Verhältnis, das im Jahre 1922 vorlag. — Man wird nach diesen Ausführungen das Ergebnis der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1923 als wenig befriedigend ansehen müssen. Ob es im Jahre 1924 auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ein besseres sein wird, bleibt abzuwarten. Nach den für die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern vorliegenden Berichten ist die Zahl der abgenommenen Gebäude und Wohnungen im ersten Halbjahr 1924 noch weiter gesunken.

#### Leisten die amerikanischen Bauarbeiter mehr als die deutschen?

Das ist immer behauptet worden. Nun schreibt aber der Hauptredakteur der „Baumwelt“, Friedrich Faulstich, der jedoch von einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist:

„Ein gelernter (und organisierter!) Bauarbeiter wird durchweg in New York etwa 15 Dollar am Tage, in 260 Arbeitstagen also gegen 4000 Dollar verdienen. ... Daß der amerikanische Maurer in der Stunde oder in einem Tag mehr frägt vermerkt, als der deutsche vor dem Kriege (und also vielfach auch heute) habe ich nicht feststellen können. ... Auch nach amerikanischen literarischen Arbeiten erprobt mir (von Einzelfällen abgesehen) eine rein handwerkliche Rechtsprechung durchaus unbefriedigend.“

Nun wird sich dieses Urteil eines deutschen Fachmannes — Faulstich ist Architekt —, der durchaus nicht im Grunde großer Gewerkschaftsfremdsinnlichkeit zeugt, merken müssen. Die amerikanischen Bauarbeiter leisten nicht mehr, aber sie verdienen mehr als ihre deutschen Kollegen.

### Don den Arbeitsstellen

**Vorstand.** Bei dem furchtbaren Herber Eisenbahnunglück ist auch ein alter treuer Kollege unseres Verbandes zu Schaden gekommen, und zwar der Kollege Karl Janschke, Jolitzer, der diesen Tag jeden Morgen benutzt, um sein Arbeitsplatz zu erreichen. Entschuldigend ist er mit einem Armbruch und sonstigen schweren Verletzungen davon gekommen. Wir hoffen und wünschen, daß der Kollege recht bald wieder genesen wird und seinem Beruf nachgehen kann.

### Bücherchau

„Soziale Arbeit“, Katholische internationale Monatschrift. Verlag München 23, Preis pro Jahr 4 M.

Das große Glück des neuen Bundes, die Volkswirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen zu schaffen, werden in der gesamten Ordnung des menschlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, kann diese Ordnung als eine wesentliche Grundlage angesehen werden. Es gilt demnach die Neuorganisation des Produktionswesens auf dem höchsten Ziel und dem inneren Zweck der Volkswirtschaft zu setzen. Es gilt der geistig anregenden Einzel-

persönlichkeit das Bemühen der Würde eines Gottesknechtes zu geben; es gilt die Arbeit zum Verste zu machen, zur mitverantwortlichen Mitwirkung am Plane göttlicher Vorsehung und dem Arbeiterstand nicht bloß eine rechtliche, sondern auch eine tatsächliche Gleichberechtigung neben den übrigen Ständen und Klassen in Staat und Gemeinde zu erlangen. So schreibt der Generalsekretär des Westdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine.

Unsere katholischen Mitgliebert, die eine von höchsten Idealen getragene Orientierung in allen Fragen des wirtschaftlich-sozialen Lebens wünschen und auch über die gleichgearteten Vorgänge im Ausland auf dem Laufenden bleiben wollen, kann ein Abonnement auf die Zeitschrift nur empfohlen werden.

### Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Wir bringen den Kassierern der Verwaltungsstellen in Erinnerung, daß die Empfangsbefähigungskarten für erhaltene Marken innerhalb acht Tagen an die Expedition zurückgeandt werden müssen.

Wir eruchen, diese Frist pünktlich einzuhalten, da sonst eine ordentliche Geschäftsführung nicht möglich ist. J. A.: Jos. Wiedeberg.

### Bekanntmachung

#### Verwaltungsstelle M.-Glabbach

Unsere Generalversammlung findet am Sonntag, den 8. Februar 1925, morgens 9 Uhr bei Wilh. Gajster, Ede Str. 11 und Mithstraße statt. Anschließend Generalversammlung der Ortsgruppe M.-Glabbach. Alle Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. J. A.: Franz Klaffen, Vors.

### Sterbetafel

Am 15. Dezember 1924 starb unser eifriges Mitglied **Romuald Stoffel** im Alter von 21 Jahren. Ortsgruppe Brotschütz.

Am 31. Dezember 1924 starb unser treuer Kollege, der Maurer **Christian Herbeth**, im Alter von 57 Jahren an Magenkrebs. Verwaltungsstelle Contwig.

Am 14. Januar starb der Zimmererlehrling **Friedr. Seiffert** an Lungentzündung. Wir verlieren in dem so früh Heimgegangenen einen pflichterfüllten Kollegen, der seit 1 1/2 Jahren das Amt eines Hauskassierers versah. Ortsgruppe Herne.

Am 13. Januar verschied der Steinhauerpolier **Adam Strickroth** im Alter von 74 Jahren. Er gehörte seit 20 Jahre unserer Organisation an. Verwaltungsstelle Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!

### Selbststrafierer

benutzt die Deutsche „Wiking“-Kaffertlinge! Beste Edelstahl-Dualität.

Kein Schleifen der Rlingen mehr nötig, da der Neupreis für die „Wiking“-Kaffertlinge nicht höher wie die Kosten des Nachschleifens.

Reklamepreis pro 100 St. Gmf. 6.80) einfaß. 50 4.70) Verpackung. **Das ein Kaffertapparat in höchstem Grad gratis**

Nachnahme 50 Pfennig mehr. Versand direkt an Verbraucher u. Wiederverkäufer. Allein-Vertrieb:

**Karl Fr. Becker**, Hamburg, Colonnaden 43. Preiswerter Kaffertapparate in allen Ausführungen.

### „Der Deutsche“

Zugabezeitung für Deutsche Volksgemeinschaft und für ein unabhängiges Deutschland.

Erscheint sechsmal wöchentlich und kostet im Postbezugs monatlich 2.— Goldmark und 40 Pfennig Postgeld. Jeder fortgeschrittene Kollege sollte sich diese unsere Tageszeitung halten. Sie ist eine wahre Fundgrube für den Gewerkschafter, Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler. Man bestelle bei der nächsten Postanstalt. Erscheinungsort Berlin.